

7. Die mit der Betreuung beauftragten Institutionen und Verbände wie z.B. der Christliche Verein Kiel e. V. müssen bedarfsgerecht ausgestattet sein. Eine Auswertung der Betreuungsleistung soll den sich verändernden Bedarf abbilden.
8. Bildung ist der Schlüssel zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft. Die Verwaltung wird gebeten darzustellen, wie während der Teilnahme an Integrationskursen eine ausreichende Kinderbetreuung (vorzugsweise in Kindertagesstätten) und der Erwerb der deutschen Sprache in DaZ Klassen für Kinder und Jugendliche in altershomogenen Lerngruppen organisiert werden kann, die mit einer Schul-/Weiterbildungsempfehlung enden.
9. Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten, die Veränderung des Asylrechts in Bezug auf Residenzpflicht und Aufnahme von Arbeit darzustellen. Darüber hinaus sollen Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie für sogenannte geduldete Flüchtlinge (Aussetzung der Abschiebung) die Integration auf dem ersten Arbeitsmarkt gestaltet werden könnte.

Begründung:

Die aktuelle Stunde der Ratsversammlung am 18. September 2014 hat deutlich aufgezeigt, dass die Integration von Flüchtlingen und MigrantInnen in Kiel auf einem guten Weg ist. Es wurde aber auch erkennbar, dass es noch weiteren Handlungsbedarf gibt, der in den neun Punkten beschrieben wird.

Flüchtlinge sind Menschen, die unfreiwillig ihr Herkunftsland verlassen haben, um hier Zuflucht zu finden, unabhängig davon, ob sie bereits eine sichere Aufenthaltsperspektive erhalten haben.

Jedes Jahr zwingen Bürgerkriege, politische Krisen oder andere existenzielle Nöte viele Tausend Menschen zur Flucht. Mit der Zunahme desolater, gefährlicher Lebensbedingungen wie zum Beispiel in Syrien nimmt auch die Zahl derer zu, die ihr Heimatland verlassen müssen.

Es ist das Ziel der Ratsversammlung, die Möglichkeiten für Flüchtlinge, am Leben in der Stadt Kiel teilzunehmen, bestmöglich zu unterstützen, und zwar mittels einer aktiven Willkommenskultur aller AkteurInnen. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir die Lebensbedingungen der in Kiel lebenden Flüchtlinge in Bezug auf Unterbringung, medizinische Versorgung, Erwerb der deutschen Sprache und Integration in die Stadtteilstrukturen stetig weiter ausbauen und verbessern.

Gez. Ratsfrau Lisa Yilmaz, f.d.R.
SPD-Ratsfraktion

Gez. Ratsfrau Lydia Rudow, f.d.R.
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ratsfrau Antje Danker, SSW